

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische Presse. 1890-1944 1921

413 (6.9.1921) Mittagausgabe

Badische Presse

Handels-Zeitung.

Verbreitetste Zeitung Badens.

Beilagen: Sportblatt / Technik u. Industrie / Frauenzeitung / Steuer-Rundschau / Feld u. Garten / Reise- u. Bilderzeitung / Volk u. Heimat

Eigentum und Verlag von
Wesch & Hieracien.
Hauptredaktion:
Ganns Wälder Schneider.
Verantwortlich: Wälder und Wirt-
schaftsredaktion: G. W. Schneider. Politische Nachrichten: G. W. Schneider.
Baden: Martin Holzinger; Karlsruhe: Anzeigerredaktion u. Sport: G. W. Schneider; Rhein- u. Bodensee: G. W. Schneider; Unterbaden: G. W. Schneider; Anzeiger: G. W. Schneider, alle in Karlsruhe.
Verleger: Wälder & Hieracien.
Geschäftsstelle: Nr. 86.
Schreibstube: Nr. 309 und 319.
Geschäftsstelle:
Stiefel- und Sammler-Ges. nach Kaiserstraße und Marktplatz.
Postkassenschein: Karlsruhe Nr. 8359.

Drugs-Preise:
In Karlsruhe: Im Verlage und in den Abteilungen abwärts monatlich M. 6.—, drei und sechs Monate M. 17.—, ein Jahr M. 32.—.
In Baden: Von unseren Abonnenten besogen M. 6.75. Durch die Post einzeln: Postfach Nr. 6.75. Einzelnummer 20 Pfennig.
Anzeigen:
Die Badische Anzeigerzeitung M. 1.50, in Baden M. 2.50. Stellenanzeigen und Familien-Anzeigen M. 1.50. — Die Restameisen M. 8.—, an 1. Stelle M. 8.50. Bei Wiederholungen tariflicher Rabatte, der bei Nichterhalten des Geldes, bei gerichtlicher Betreibung und Konten an der Stelle tritt.
Für Anzeigen in den Tagen der Aufnahme kann keine Gewähr übernommen werden.
Im Fall höherer Gewalt bei der Verleger keine Ansprüche bei veräußerten oder abgesetzten der Zeitung.

Die erste Sitzung des Völkerbunds.

Die Tagesordnung.

Die Frage der Aufnahme Deutschlands — Ungarn und die Kleine Entente — Zusatzanträge — Wahlen.

(Drahtmeldung unseres eigenen Berichterstatters.)
Dr. A. Genf, 5. Sept. Der zweite Kongress des Völkerbunds ist heute vormittag um 11 Uhr eröffnet worden. Die Stadt Genf hat zur Feier des Tages reiches Festprogramm angelegt, und im Straßenverkehr ist ein Zutromm von Fremden aller Nationen zu beobachten, der allerdings bei weitem nicht so groß ist, wie im vorigen Jahre. Das englische Element steht wiederum im Vordergrund, daneben machen sich verhältnismäßig zahlreiche Vertreter orientalischer Völker bemerkbar. Die Sitzungen des Kongresses finden wie im Vorjahre im Reformationsaal statt. Es sind Vertreter von 48 Staaten anwesend. Ein erster Blick in den Saal zeigt, daß die einzelnen Delegationen im Wesentlichen wieder aus den gleichen Persönlichkeiten wie beim ersten Kongress zusammengesetzt sind. Die Verhandlungen sollen spätestens Ende des Monats, vielleicht aber schon früher beendet werden. Im Gegensatz zur ersten Versammlung soll eine streng parlamentarische Disziplin durchgesetzt werden, die ein reiches Fortschreiten der Verhandlungen ermöglicht.

Von der Tagesordnung des Kongresses ist zunächst zu sagen, daß sie sich mit der Zulassung Deutschlands in der Bund aller Voraussetzt nach noch nicht beschäftigt wird. Die Auffassung, die man in den Kreisen des Sekretariats über diese Frage verbreitet sehen möchte, geht dahin, daß Deutschland kein Aufnahmegeheiß gestellt habe und daß es von seinem Standpunkt aus auch recht handelte. Deutschland wolle offenbar erst die Ergebnisse in der oberhalbigen Frage abwarten und sich auch nach der Haltung richten, welche die Vereinigten Staaten gegenüber dem Bund einnehmen werden. In Wirklichkeit stehen hinter diese Argumentation natürlich ganz andere Erwägungen, die auf den Einfluß Frankreichs zurückzuführen sind. Herr Sauerwein, der in Genf dem französischen Delegierten Bourgeois als Sprachrohr dient, sagt darüber im „Matin“: „Frankreich ist dem Eintritt Deutschlands in den Bund keineswegs feindlich gesinnt, aber es kann nicht zulassen, daß die Verpflichtungen, die aus dem Kriege hervorgehen, bei Seite geschoben werden und daß Deutschland, bevor es den Beweis seines guten Willens geliefert hat, ermächtigt wird, im Rate des Bundes seinen Sitz einzunehmen, auf gleicher Stufe mit den anderen Mächten, denen es materiell und moralisch verpflichtet ist.“ Das ist also dieselbe verlogene Argumentation, die Frankreich bereits im vorigen Jahre vorbrachte, und der es gegebenenfalls ohne Zweifel auch diesmal zum Siege verhelfen würde. Es bleibt, wie man sieht, bei der Redensart vom guten Willen. Die Unterzeichnung des Londoner Ultimatus und die Erfüllungspolitik des Kabinetts Wirth haben daran nichts geändert. Im Ubrigen braucht man das in Deutschland nicht zu bedauern. Deutschland kann in der Tat, wie im vorigen Jahre, auch diesmal nichts Besseres tun, als die weitere Entwicklung der Dinge in Ruhe abzuwarten. Es hat umso weniger Veranlassung sich aufzudrängen, als die Rolle, die es unter den gegenwärtigen Umständen innerhalb des Bundes spielen könnte, keineswegs beneidenswert wäre. Das Vorgehen Frankreichs in der Entwaffnungsfrage, wie es in den letzten Sitzungen des Rates von Bourgeois angekündigt wurde, spricht in dieser Beziehung Bände. Die Pläne der Völkerbundsmitglieder in Deutschland müssen sich in der Theorie sehr gut ausnehmen, in der Praxis aber würden sie mißlingen. Wenn die gegenwärtigen Verhältnisse fortauern, werden sie nur dazu führen, Deutschland eine ununterbrochene Kette von neuen und schweren Demütigungen aufzuerlegen.

Aufnahmegeheiß liegen vor von Estland, Lettland, Litauen und Ungarn. Das Gesuch Ungarns dürfte zu lebhaften Debatten Veranlassung geben, da die Delegation der Kleinen Entente sich der Aufnahme widersetzen will, solange die ungarische Regierung nicht die formelle Erklärung abgibt, auf die Restauration der Habsburger zu verzichten.

Unter den vorliegenden Zusatzanträgen zum Fakte ist der Antrag der Tscheko-Slowakei zu erwähnen, der innerhalb des Völkerbundes die Bildung von besonderen Stützgruppen empfiehlt, die durch besonders enge wirtschaftliche Interessen miteinander verknüpft sind. Ferner werden Vorschläge für den künftigen Internationalen Gerichtshof und die vier ständigen Mitglieder für den Rat des Bundes zu wählen sein, wobei besonders die Staaten der Kleinen Entente und die skandinavischen Länder in den Vordergrund treten dürften. Es wird bei allem nicht ohne schwere Reibereien und lautes Geschrei abgehen, aber es handelt sich bei diesen Fragen dennoch um Dinge, die zunächst von geringerer praktischer Bedeutung sind. Der einzige Gegenstand der Tagesordnung, der wirklich in die Weltpolitik eingreifen könnte, ist die Entwaffnungsfrage, und über diese Frage wird nicht in Genf, sondern in Washington ernsthaft verhandelt werden. Alles, was auf dem Kongress in dieser Beziehung etwa geschehen sollte, ist nur ein Vorpostengefecht für den großen diplomatischen Kampf, der sich seitens des Meeres abspielen wird. Im Ganzen wird der Kongress nicht viel mehr als ein Schaupiel für die Galerie sein. Einmal ist die Geheimdiplomatie im Völkerbund bereits heimlich geworden, und sodann wird das künftige Schicksal des Bundes durch zwei Fragen bestimmt, die ganz abseits der Kongressberatungen liegen, nämlich durch die oberhalbige Frage und durch die Haltung der Vereinigten Staaten.

Die Wahl des Präsidenten.

Karnebeef gewählt. — Ein Anfangserfolg Englands gegen Frankreich.

(Drahtmeldung unseres eigenen Berichterstatters.)
Dr. A. Genf, 5. Sept. Der erste Sitzungstag des Völkerbunds-Kongresses war im Wesentlichen der Wahl des Präsidenten gewidmet. Gleich dieser ersten Gegenstand der Tagesordnung entwidete sich zu einer Kräftprobe zwischen Frankreich und England und gab zu allerlei Intrigen hinter den Kulissen Veranlassung. Seit einigen Tagen wurden bereits die verschiedensten Namen für die Präsidentenwahl genannt, darunter besonders die Schweizer Ador und Motta und der Belgier Hymans. Bei Zusammen treten der Versammlung am Vormittag war die Lage jedoch so wenig geklärt, daß man sich bei dieser ersten Sitzung mit einer Ansprache des vorläufigen Präsidenten Wellington-Koo begnügte und die Wahl auf die Nachmittagsitzung verschob. Aber auch hier vollzog sich die Wahl nicht ohne Schwierigkeiten. Balfour schlug zunächst im Namen Englands den Holländer Karnebeef zum Präsidenten vor, die Franzosen ihrerseits nannten bezeichnenderweise ihren Kandidaten nicht selber, sondern ließen durch die rumänische Delegation den Brasilianer da Cunha vorschlagen. Diese offensichtliche Beeinflussung der Versammlung durch die führenden Großmächte schien den kleineren Staaten doch etwas zu viel zu sein, und die Mehrheit des Kongresses stimmte daher dem Vorschlag Columbiens bei, das gegen die Nennung bestimmter Namen protestierte und es jeder einzelnen Delegation überlassen wollte, nach ihrem Gutdünken einen Präsidenten zu nennen. Inzwischen, die beiden Kandidaten Englands und Frankreichs waren nun einmal genannt, und die Wahl spielte sich also unter diesem Gesichtspunkte ab. Beim ersten Wahlgang erhielt Karnebeef 19, da Cunha 12 und Motta 4 Stimmen, bei der Stichwahl Karnebeef 21, da Cunha 15 und Motta 6 Stimmen. Einige Stimmen waren zerstreut. Da die absolute Mehrheit 20 betrug, war der Holländer Karnebeef also mit einer Stimme Mehrheit gewählt. Der Kongress begrüßte das Ergebnis mit Applaus, nur in der französischen Delegation rührte sich keine Hand. Karnebeef übernahm das Amt, indem er für die ihm erwiesene Ehre dankte und eine unparteiische Geschäftsführung zusicherte. Dieser erste Zusammenstoß zwischen Franzosen und Engländern wurde also mit knapper Mühe zu Gunsten der Engländer entschieden. Das Vorgehen der Franzosen wird vermutlich nicht ohne Früchte bleiben. Das interessanteste Moment bei dieser Wahl liegt nämlich darin, daß da Cunha Mitglied der Biererkommission für Oberschlesien ist. Man wird also annehmen dürfen, daß es sich nicht um einen Zufall handelt, wenn die Franzosen gerade den Brasilianer als ihren Kandidaten aufstellten. In französischen Kreisen nimmt man an, daß sich Frankreich damit den brasilianischen Delegierten verpflichtet wollte, und da man annimmt, der belgische und spanische Stimme über zu sein, glaubt Frankreich von den 4 Mitgliedern der Kommission nunmehr drei auf seiner Seite zu haben.

Die oberhalbige Frage.
(Drahtmeldung unseres eigenen Berichterstatters.)
Dr. A. Genf, 5. Sept. Nach Meldungen aus Pariser Quellen machen die Genfer Verhandlungen über die oberhalbige Frage gute Fortschritte. Bezeichnend ist, daß der hiesige Korrespondent des „Matin“ dieses Ergebnis nicht nur auf die Beratungen der Biererkommission zurückführt, sondern vor allem auf die hinter den Kulissen stattfindenden privaten Besprechungen zwischen Balfour und Bourgeois, denen von ihren Regierungen nicht die Hände gebunden seien. Nach dem „Temps“ soll der belgische Delegierte Hymans den Vorsitz innerhalb der Kommission führen, deren Einsetzung von den Pariser Blättern im Ubrigen weiterhin mit großer Befriedigung begrüßt wird. Wie der „Reit Pariser“ glaubt, wäre es unmöglich, eine bessere Lösung für Oberschlesien zu finden, als die Einsetzung dieser Kommission. „Es genügt zu sagen“, schreibt das Blatt, „daß die vier Mitglieder der Delegation von China, Belgien, Brasilien und Spanien sind, damit ist das französische Interesse vollkommen sicher gestellt. Diese Kommission wird dem französischen und polnischen Standpunkt nicht feindlich gegenüberstehen, wenn sie ihn für gerecht hält. Wenn die Kommission ihre Aufgabe lösen kann, so wird der Völkerbund künftig den Rang eines internationalen Gerichtshofes übernehmen. Wenn sie aber nicht ans Ziel gelangt, so wird der Bund zerbrechen unter dem Gewicht der Restituten und der Renovationäre der ganzen Welt.“ Die ganze Taktik, die Frankreich in dieser Frage vor dem Völkerbund verfolgt, kommt in diesen Worten des Pariser offiziellen Blattes mit anerkennenswertem Freimut zum Ausdruck.

Dr. A. Genf, 5. Sept. (Drahtmeldung unseres eigenen Berichterstatters.) Die polnische Delegation beim Völkerbunds-Kongress demontiert das Gerücht, wonach direkte Verhandlungen zwischen Deutschland und Polen wegen der oberhalbigen Frage im Gange seien. Das Dementi fügt hinzu, daß es sich bei diesem Gerücht um tendenziöse Mäandern handle, die dazu bestimmt seien, die Verhandlungen zu verwirren, die gegenwärtig zur Lösung der Frage im Gange seien. Man wird zu dieser Erklärung der polnischen Delegation bemerken dürfen, daß es in den Kreisen des Völkerbunds tatsächlich nicht an derartigen Mäandern in Bezug auf Oberschlesien fehlt, daß diese Mäandern aber jedenfalls nicht von deutscher Seite ausgehen. Bei dieser Gelegenheit sei vor gewissen Meldungen gewarnt, die gegenwärtig auch in der deutschen Presse auftauchen und die fast ausnahmslos Nachrichten der Genfer Blätter wiedergeben, die ausschließlich von französischer und polnischer Seite informiert werden.

Truppentransporte.

Frankfurt a. M., 6. Sept. Auf der Fahrt nach Oberschlesien passierten am Sonntag vier lange Züge mit französischen Truppen, die der Ruhrarmee entnommen sind, den Bahnhof Frankfurt-Süd, nachdem am Tage zuvor ein englisches Bataillon durchbefördert worden war. Gestern folgte ein weiterer Sonderzug mit englischer und französischer Infanterie. Das Ziel ist zunächst Döbeln.

Englische Verstärkungen.

II. Breslau, 5. Sept. (Drahtbericht.) Im englischen Hauptquartier in Tarnowik ist man überzeugt, daß Polen bald zu einem Geistesstreich ausgehen wird und man ist darüber außerordentlich ungehalten, daß im Verhältnis zu den französischen Verstärkungen die englischen viel zu gering sind. Man weiß, daß im Falle eines neuen Polenaufstandes auf die Franzosen kein Verlaß ist.

III. Berlin, 5. Sept. Während der heutigen Aufführung der Oper „Die Fledermaus“ in der Staatsoper brach gegen 9 Uhr abends der Opernsänger Josef Mann plötzlich tot zusammen. Ein Herzschlag hatte seinem Leben ein Ende gemacht. Die Vorstellung wurde sofort abgebrochen.

Deutsche Versorgungsberechtigte im Auslande.

Von Wilhelm Kempf in Zürich.

Am unsere Heimat über die Notlage der reichsdeutschen Versorgungsberechtigten in der Schweiz anzukommen, gelangte ich an die heimatische Presse. Ich zweifle nicht, daß man in der Heimat willens ist, auch den im Auslande lebenden Kriegsopfern eine angemessene, den Verhältnissen entsprechende, Versorgung zuteil werden zu lassen.

Um die Versorgung der großen Zahl der Kriegsbeschädigten, Witwen und Waisen in der Schweiz durchzuführen, erachtete es das Reichsarbeitsministerium im Jahre 1919 als dringend notwendig — in Anlehnung an das deutsche Generalkonsulat in Zürich — eine selbständige Abteilung für Versorgung zu errichten. Die Abteilung übte die Funktionen eines Hauptversorgungsamtes aus, war Versorgungsregelungsbehörde und Zahlstelle zugleich, also eine Zentralfunktion der gesamten deutschen Kriegsversorgung in der Schweiz. Wenn gleich schon diese Abteilung viel erprobliches geleistet hat, hätte bei großzügiger und weitfichtiger Leitung noch mehr geleistet werden können.

Das neue Reichsversorgungsgesetz, das in Deutschland schon längst zur Anwendung kommt, bedarf verschiedener und besonderer Ausführungsbestimmungen für das Ausland, die aber bis heute noch nicht erlassen sind.

In der Heimat wurde, dem strengen Druck der Kriegsoferorganisationen nachgebend, die staatliche soziale Fürsorge eingerichtet, die, das darf ohne Uebertreibung gesagt werden, eine große soziale Tat bedeutet. Daß dabei aber noch dieses zu wünschens würdige bleibt, liegt in der Natur dieses schwierigen Problems. Aber all dies Gute — und darin liegt der Schwerpunkt — kommt leider nur den Landesbürgern in der engeren Heimat zu Gute und die ganze sozialpolitische Gesetzgebung kommt nur zum kleinsten Teile — aber gar nicht — für diejenigen Kriegsopfer in Betracht, die gezwungen sind, im Auslande zu leben.

Eine Bepflegung des hier in der Schweiz lediglich in Betracht kommenden Mannschaftsversorgungsgesetzes von 1908 und des uns noch unbekannteren Reichsversorgungsgesetzes vom 12. Mai 1920 müssen wir uns raumbalber ersparen. Aber festgestellt muß werden, daß der wesentlichste Teil der wichtigsten Paragraphen dieses Gesetzes für uns gar nicht in Frage kommt und man uns schon seit Jahr und Tagen auf die Ausführungsbestimmungen, ohne die das Reichsversorgungsgesetz gar nicht in Anwendung gebracht werden kann, vertritt.

Das Kapitalabfindungsgesetz kommt auch nur für die Kriegsopfer in der Heimat in Frage; jenen aber, die durch die Verhältnisse gezwungen sind, im Auslande zu leben, bleibt diese Einrichtung, die schon manchem zur Existenzgründung hätte verhelfen können, verschlossen.

Für die außerordentlich wichtige Frage der Heilbehandlung im Auslande scheint die Regierung ebenfalls herzlich wenig Verständnis zu haben, denn sonst hätte sie nicht im Juni ds. Js. einen Erlass herausgegeben, durch den die Heilbehandlung im Auslande einfach aufgehoben wurde. Durch die Aufhebung der Heilbehandlung im Auslande sind die Zustände im Auslande geradezu toll gemorden.

Eine weitere Härte gegenüber den Versorgungsberechtigten wurde dadurch bedingt, daß der vom Reich bisher gewährte Jogenskursausgleich aufgehoben wurde und die Renten nur noch zum Tageskurs gezahlt werden. Was dies bedeutet, wird sich jeder vorstellen können, wenn gesagt wird, daß 100 M. heute in der Schweiz 6,85 Franc gelten. Mit diesem Betrag kann eine Witwe nicht einmal ein Paar Schuhe für eines ihrer Kinder besohlen lassen. Unseres Erachtens möchte doch der Gesetzgeber sich allen gerecht werden, ob nun in der Heimat oder im Auslande. Leider sind wir aber im Auslande durch die tiefe deutsche Valuta sehr stark geschädigt, denn wir müssen alles, was wir kaufen, nicht mit Mark zahlen, sondern in der Währung des Gastlandes. Aus diesem Umstande heraus geht das Reich auch seinen Beamten im Auslande die Gehälter zum Goldkurs, so daß die deutschen Beamten im Auslande viel besser bezahlt sind, als die eines andern Staates; den Versorgungsberechtigten hingegen zahlt man die Gehälter nur zum Tageskurs. Hier liegt doch entschieden eine recht ungleiche Behandlung vor zwei gleichen Volksgenossen vor. Die für den Ausfall des generellen Kursausgleiches geschaffene „Soziale Fürsorge für Kriegsbeschädigte und Hinterbliebene in der Schweiz“ vermag schwerlich das Entgangene aufzuheben.

Es ist sehr bedauerlich, daß die Regierung die Abteilung für Versorgung in der Schweiz aufgelöst und nach einer kleinen badischen Stadt verlegt hat und zwar in der Zeit, wo in Bälde nach dem neuen Versorgungsgesetz mit der Auanerkennung begonnen werden soll. Die Versorgungsberechtigten in der Schweiz können kein Vertrauen zu der als Erlass geschaffenen sozialen Fürsorge für Kriegsbeschädigte und Hinterbliebene haben, weil die Mittel für die Ausübung ihrer Zweckbestimmung ungenügend beschränkt sind und man schon von einem Wahn der kaum errichteten Stelle spricht; ferner weil die Stelle nur auf Antrag und im Bedürfnisfall Zuschüsse zu den Renten gewährt und weil die Befehdung der Stellen nicht den Wünschen der Versorgungsberechtigten entspricht; hier müssen in erster Linie Kriegsbeschädigte und Hinterbliebene angestrekt werden, die das Vertrauen der Bezugsberechtigten besitzen.

Wenn also ein Schwerkriegsbeschädigter eine monatliche Rente von M. 160.— bis M. 200.— = Franc 12.— bis Franc 16.— bezieht, so hat er keinen Anspruch auf den Zuschuß, obwohl niemand behaupten kann, daß in der Schweiz für 12 Franken ebensoviel gekauft werden kann, wie in der Heimat für 160 M. Die Rentenbeträge sind bei dem heutigen Kursstand so minimal, daß von einer Entschädigung für den erlittenen Schaden wohl nicht gesprochen werden kann. In der gleichen, zum großen Teil in noch schlimmerer Lage befinden sich unsere Kriegervitwen und Waisen. Wohl ist in der Heimat die Ansicht vorherrschend, daß die Versorgungsberechtigten in der Schweiz nicht besser gestellt sein dürfen wie in Deutschland. Diese Ansicht wird auch von uns geteilt. Wir wollen keine Versorgungsstellung und kein Sonderrecht, sondern wir wollen nur die Auszahlung unserer Renten zu einem angemessenen Kurs, damit unsere Gehälter für uns denselben Wert haben, wie die Gehälter in Deutschland für die dortigen Versorgungsberechtigten und Rentnem Empfänger. Die Forderung sollte auch von den Versorgungsberechtigten in Deutschland als zu Recht bestehend anerkannt werden. Wir ruhen der Heimat ins Gedächtnis zurück, daß wir 1914, treu dem Rufe des Vaterlandes gehorchend, freiwillig herbeigeeilt sind, um auch mit ihnen die heimatische Scholle zu verteidigen; daß wir Seite an Seite mit ihnen im Kampfe gestanden sind und daß wir heute auch ihrer Hilfe bedürfen, um unser Recht zu erhalten. Die meisten der Zurückgekehrten haben Vermögen, Erbschaft und Gesundheitsgeopfert. Pflicht der Reichsregierung wäre es, uns Auslandsdeutschen mehr Entgegenkommen zu zeigen, haben wir doch lange nicht die vielen Vergünstigungen, die in der Heimat von den Ländern, den Gemeinden und dem Staate unsern Kameraden zugute

kommen. Auch die Versorgungsberechtigten im Ausland arbeiten durch ihren Fleiß daran mit, das Ansehen des Reichstums zu heben. Sie sind ein wichtiger Faktor im Wirtschaftslieben, dem die Regierung auch die nötige Beachtung schenken sollte.

Durch den niedrigen Kurs geraten die Versorgungsberechtigten in der Schweiz in eine immer größere Bedrängnis und werden schließlich gezwungen, die schweizerische Armenbehörde in Anspruch zu nehmen. Dies hat ihr sofortige Ausweisung zur Folge. Sollen Massenausweisungen vermieden werden, dann muß das Reich genügend Mittel zur Verfügung stellen, um den reichsdeutschen Versorgungsberechtigten in der Schweiz zu einer Existenzmöglichkeit zu verhelfen. Den arbeitslosen Kriegsbeschädigten, die heute begreiflicherweise nur sehr schwer eine neue Arbeitsstelle erhalten können, muß eine entsprechende Unterstützung vom Reich zu Teil werden, weil von den schweizerischen Behörden wohl die übliche Arbeitslosenunterstützung gewährt wird, aber nur ganz kurze Zeit, da diese Unterstützung als ein Zurschafter angesehen wird und die Ausweisung im Gefolge hat. Einer weiteren Beihilfe von Staatswegen bedürfen die Kranken, weil wir Kriegsbeschädigte in der Schweiz in keiner Krankenkasse Aufnahme finden. Sollten wir ohne die verlangte Unterstützung des Reiches bleiben, so wird eine Massenausweisung nach den Heimorten stattfinden, wo die Ausgewiesenen als „lästige Ausländer“ angesehen würden, umso mehr als die meisten von ihnen ihre Heimat zulebens nie gesehen haben. Dieser Umstand dürfte unter allen Betroffenen eine Zustimmung, die nicht zum Vorteil der Heimat sein dürfte, auslösen.

Schon über 400 Wehrmannsfamilien haben sich bei der Gesandtschaft in Bern gemeldet, um nach Deutschland zurückzukehren. Für sie soll nun Wohnung und Arbeit beschafft werden. Von den verschiedenen Landesfürsorgestellen wurde jedoch mitgeteilt, daß in Deutschland, besonders in Industriegebieten, wohin doch alle Rückwanderer verziehen müßten, wenn sie sich ihren Unterhalt durch Arbeit verdienen wollen, absolut keine Wohnungen aufzutreiben sind.

München gegen Berlin.

Zuspühung der Lage.

München, 5. Sept. (Drahtbericht.) Die Verhandlungen zwischen München und Berlin wegen der Verordnung des Reichspräsidenten sind noch immer nicht zu Ende geführt. Man will den für heute anberaumten Ministerrat damit beschäftigen. Bis jetzt ist lediglich die Zulage erreicht worden, daß von Berlin aus ohne vorhergehende Verhandlungen mit München der Ausnahmezustand in Bayern nicht aufgehoben wird. Im übrigen hat die Lage eine wesentliche Zuspühung dadurch erfahren, daß der Reichsminister des Innern Dr. Gradnauer an die bayerische Regierung ein Telegramm richtete, mit dem er die Erscheinung der „München-Münchener Abendzeitung“ wegen ihres Artikels „Auf dem Weg zum Sowjetregiment“, auf eine angemessene Zeit zu verbieten und über die von der bayerischen Regierung beschlossenen Maßnahmen nach Berlin zu berichten. In einem weiteren Telegramm Dr. Gradnauers an die bayerische Regierung wird mitgeteilt, daß der Abg. Klingler sich telegraphisch an die Berliner Regierung gewandt habe mit dem Ersuchen, die Sicherheitspolizei in Koburg von einer Störung der republikanischen Feier zurückzuhalten. Auch hier ersucht Dr. Gradnauer um weitere Verhandlungen und Mitteilung nach Berlin.

Wie wir zuverlässig erfahren, besteht in maßgebenden bayerischen Regierungskreisen keine Neigung, dem Berliner Begehren auf Unterbindung des Erscheinens der „München-Münchener Abendzeitung“ zu entsprechen. Ob in der München-Koburger Sache etwas unternommen worden ist, darüber konnte noch nichts in Erfahrung gebracht werden. Die Entscheidung über das Verbot dürfte am heutigen Montag zu erwarten sein.

Berlin, 6. Sept. Wie Münchener Blätter melden beschäftigen sich die bayerische Ministerrat in seiner gestrigen Sitzung mit der allgemeinen politischen Lage. Beschlüsse wurden nicht gefaßt, da man zunächst noch die Ansichten der Führer der Koalitionsparteien abwarten will, die heute mittag zu einer gemeinsamen Sitzung zusammenzutreten. Münchener Regierungskreise sehen die Lage als durchaus ernst an.

München in Nürnberg.

Nürnberg, 5. September. (Drahtnachricht.) Am Samstag war eine von den Sozialisten einberufene Protestversammlung mit dem Thema „Die Remilitarisierung“ im Saal der „Kriegsbeschädigten“ imbezogen worden. Die Versammlung wurde gestattet, jedoch der vorhergehende Umzug verboten. Reichstagsabgeordneter Klingler und Abg. Clons leiteten die Verantwortung für das Verbot des Umzuges ab. Klingler gebrauchte dabei die Worte, er lasse sich den Rückweg nicht abschneiden, auch wenn es knalle. Von der Polizeibehörde waren zum Schutz der inneren Stadt alle zum Marktplatz führenden Straßen abgesperrt worden, nur den Versammlungsteilnehmern die zum Abzug bestimmten Straßen freigegeben. Zur Aufrechterhaltung der Ordnung war auch die bayerische Landespolizei hinzugezogen worden. Nach der Versammlung zogen tabakulose Leute in die durch Verhaue abgesperrte Hornstraße. Dort verprügelten, verhöhnten und bespuckten die Versammlungsteilnehmer die Polizeimannschaft, hoben einige von den Autos herunter und verprügelten sie. Der Kommandant forderte wiederholt die Rabaukmacher auf, den Platz zu räumen. Als sich die Rabaukmacher trotzdem nicht entfernten, schickte er in die Luft Schüsse abgeben. Als auch das nichts nützte und die Lage immer bedrohlicher wurde, warf die Polizei einige Handgranaten, wobei 12 Mann verletzt wurden. Einer der Verletzten, der 30 Jahre alte Peter Steinmeyer, starb in der letzten Nacht im Krankenhaus. Der Schaden, der durch die Ausschreitungen angerichtet wurde, beläuft sich auf weit über 100 000 M. Am Sonntag herrschte Ruhe.

München, 5. Sept. Die sozialdemokratischen Betriebsräte beschloßen, von einem Generalstreik als Antwort auf die blutigen

Vorgänge vom Sonntag abzusehen. Der bei der Schieberei ver wundete Händler Steinmeyer ist heute nacht seinen Verletzungen erlegen.

Konferenz sozialistischer Vertreter Bayerns.

München, 5. Sept. (Drahtbericht.) Am Sonntag fand hier eine Konferenz sozialistischer Vertreter aus allen Teilen Bayerns statt, an der auch zwei Mitglieder des Berliner Parteivorstandes teilnahmen. Die S.P.D. und die U.S.P.D. werden, so wurde beschloßen, gemeinsam vorgehen, um die Aufhebung des Ausnahmezustandes durchzusetzen und dem reichsfeindlichen Treiben in München sofort ein Ende zu machen.

Heute oder morgen wird auch der Landesausguck der freien Gewerkschaften zusammentreten und neue Beschlüsse fassen.

Das Tragen der Uniformen.

München, 5. Sept. Der Reichspräsident hat eine Rundgebung für die Wehrmacht des Reiches erlassen, in der es heißt: Die politische Erregung der letzten Zeit hat bedauerlicherweise dazu geführt, daß in verschiedenen Fällen Angehörige der Wehrmacht in den Straßen ohne jeden Grund angegriffen, beleidigt und sogar mißhandelt worden sind. Derartige bedauerliche Ausschreitungen sind nur dadurch ihre Erklärung, daß die Uniform in den politischen Streit der Parteien hineingezogen werden ist. Durch Verordnung des Reichspräsidenten wird für die Zukunft jeder Mißbrauch der Uniform verhindert. Die Regierung muß daher von allen Klassen des Volkes und allen Parteien verlangen, sie in ihrem Betragen, der Wehrmacht des Reiches die gebotene Achtung und Geltung zu gewähren, zu unterstützen. Die Autorität des Staats macht es der Reichsregierung zur Pflicht, Ausschreitungen gegen die Wehrmacht des Reiches und Aggressionen gegen ihre Angehörigen mit den ihr zu Gebote stehenden gesetzlichen Mitteln zu begegnen.

Weitere Zeitungsverbote.

Berlin, 5. Sept. Die „Kommunistische Zeitung“ in Frankfurt a. M. ist vom Ministerium des Innern verboten worden. Berlin, 6. Sept. (Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.) Die „Halleber Trübener“ ist von Berlin aufgrund der neuen Verordnung verboten worden.

Hannover, 6. Sept. (Drahtbericht.) „Der Sturm“, ein deutschsozialistisches Blatt in Hannover, ist vom Oberpräsidenten Roste für 14 Tage verboten und die Nummer vom 4. September beschlagnahmt worden.

Königsberg, 6. Sept. (Drahtbericht.) Die kommunistische Zeitung „Die Rote Fahne des Ostens“ ist verboten worden.

München, 6. Sept. (Drahtbericht.) In dem zum Landbezirk München gehörenden Miesbach ist auf den 6. September Nr. 1 des Jahrganges 1 des „Miesbacher Tagblatt“ im Verlag von Paul Wolff erschienen. Für die Redaktion verantwortlich ist Prof. Peter Stampfle in Miesbach. Das Tagblatt hat das Format und die Ausstattung des „Miesbacher Anzeigers“, der sein Erscheinen eingestellt hat und verkauft worden ist.

Verhaftung von Kommunisten.

Halle, 6. Sept. (Drahtbericht.) Gestern nachmittag ist eine Anzahl Kommunisten, darunter mehrere Jugendliche, wegen Landesfriedensbruchs verhaftet worden. Sie werden beschuldigt, sich an dem jüngsten Ueberfall auf die Kriegervereine beteiligt zu haben.

Der Friede mit Amerika.

Berlin, 5. Sept. (Drahtbericht.) Nach einem Washingtoner Telegramm darf man mit Sicherheit annehmen, daß der Friedensvertrag mit Deutschland schon Anfang Oktober ratifiziert sein wird. Die Verhandlungen mit den Alliierten über die Zurücknahme der Rheinarmee haben bisher nur in einer Mitteilung von Staatssekretär Hughes bestanden, worin er die Alliierten aufmerksam macht, daß in der nächsten Zeit die Auslösung der amerikanischen Armee am Rhein zu erwarten sei. Darauf haben die Alliierten dem Obersten Rat Auftrag erteilt, daß die militärischen Sachverständigen sich mit dem amerikanischen Kommandanten in Koblenz in Verbindung setzen sollen. In der nächsten Sitzung des Vorkonferenzrates wird die Frage besprochen werden, in welcher Weise die Uebernahme der Besatzung durch andere Truppen anzubahnen sei. Der Vorkonferenzrat wird also keinen Beschluß fassen, sondern sein Gutachten dem Obersten Rat unterbreiten. Es kann nach Ansicht der Mitglieder des Vorkonferenzrates angenommen werden, daß die Herauslösung der Truppenstärke im ganzen besetzten Gebiet beschloßen wird, nachdem die amerikanische Zone unter den Alliierten verteilt ist.

Professor Wiedenfeld nach Moskau.

Berlin, 5. Sept. (Drahtbericht.) Heute begibt sich Geh. Rat Prof. Wiedenfeld, der zum Vertreter bei der Sowjetregierung in Moskau ernannt worden ist, in Begleitung des Herrn Grad, des Sachverständigen für wirtschaftliche Fragen, nach Moskau. Wie die Berliner Zeitung hört, werden damit die diplomatischen Beziehungen mit der Sowjetregierung offiziell eröffnet.

Neue Gesekentwürfe.

Berlin, 6. Sept. (Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.) Das Reichsjustizministerium teilt mit, daß der neue Gesekentwurf über die Rechte der unehelichen Kinder nicht eine Gleichstellung mit den ehelichen Kindern bedeutet, sondern eine rechtliche Besserstellung. Das Gesez wird in nächsten Zeit dem Reichsrat vorgelegt, aber keinesfalls noch in diesem Monat dem Reichstag vorliegen. Endgültige Entschloßungen über die Forderung des Gesezgebungsrechtes sind von der Berliner Regierung noch nicht getroffen worden.

Aus Baden.

Die Umlage zur Gebäuderversicherungsanstalt.

Der „Staatsanzeiger“ veröffentlicht die vom Ministerium des Innern im laufenden Jahre für das Geschäftsjahr 1920 festgesetzte Umlage der Gebäuderversicherungsanstalt in Höhe von 1,20 M. von 100 M. Versicherungssumme. Der erweiterte Verwaltungsrat der Gebäuderversicherungsanstalt glaubte im Frühjahr d. J. einen Umlagesatz von 90 Pfg. vorzuschlagen zu lassen. Nun werden die katastrophalen Brandfälle des laufenden Jahres — es sei nur an die großen Brände in Sumbach, Löffingen, Zaisenhäusern, Dudenheim, Waldbrunn usw. erinnert — wie sich schon leicht übersehen läßt, im kommenden Jahre eine ganz ungewöhnliche Steigerung der Umlage zur Folge haben.

Um den ohnehin schwer belasteten Grundbesitzern eine unerträgliche Steigerung der Umlage im nächsten Jahre zu ersparen, hielt es der erweiterte Verwaltungsrat für geraten, im laufenden Jahre 1,20 M. zu erheben. Es ist diese Maßnahme aus dem Grunde dringend geboten, weil die Gebäuderversicherungsanstalt nicht über einen einigermaßen ausreichenden Betriebsfond verfügt und daher die nach dem Gesez vom 4. August 1920 zu zahlenden, gegenüber den Friedenswerten auf das Zwösfache erhöhten Entschloßungen nur durch Aufnahme höherverzinslicher Darlehen, die jährlich nach Jahresfrist zurückgezahlt werden müssen, bestritten kann. Es macht dies jährlich mehrere Millionen Mark an Darlehenszinsen aus. Im Interesse der Versicherten muß daher Wert darauf gelegt werden, daß diese Ausgabe durch allmähliche Ansammlung eines genügend hohen Betriebsfonds erspart wird.

Das Verhältnis des diesjährigen Umlagesatzes von 1,20 M. zu den Vorjahreszahlen ist übrigens immer noch als günstig zu bezeichnen. Im Schadensfalle wird jetzt zu der nach den Freien von 1914 ermittelten Entschloßung unter Berücksichtigung der Preissteigerung der Bauausführung ein für bestimmte Zeitabschnitte allgemein festgesetzter Zuschlag gewährt, der jetzt das einfache der Entschloßung beträgt. Die Umlage, die im Jahre 1914 15 Pfg. betrug, müßte sonst entsprechend der auf Grund der Versicherungssumme im Schadensfalle zu leistenden Entschloßung im laufenden Jahre das zwösfache des Jahres 1914, somit 1,80 Pfg. betragen. Die Gebäudeeigentümer müßten sich vor Augen halten, daß sie nicht mit dem Feuerversicherungsbuch eingetragenen Friedenswerten, sondern zur Zeit mit dem zwösfachen Betrage versichert sind. Die auf den Friedenswert bezogene Umlage von 1,20 M. entspricht daher tatsächlich einer Friedensumlage von 10 Pfg., stellt sich also nicht unerblich günstiger als im Jahre 1914.

Durlach, 5. Sept. (Gemeinderat.) Die Arbeitsgemeinschaft „Arbeitsrat“ erbaut mit Hilfe von Raubarlehen im Gemeinwesen Bitterwiesen einige Doppelwohnhäuser. Das Gemeinwesen darlehens wurde seiner Zeit auf 1/3 des Landesdarlehens festgesetzt. Infolge der anhaltenden und wachsenden Teuerung ist es der Unternehmern kaum möglich, mit den zur Verfügung stehenden Mitteln auszukommen. Die Genossenschaft hat deshalb an den Gemeinderat die Bitte gerichtet, das Gemeinwesen darlehen auf drei Drittel des Landesdarlehens zu erhöhen. Nach Prüfung der Angelegenheit konnte sich der Gemeinderat zunächst nur entschließen, das Gemeinwesen darlehen auf zwei Drittel des Landesdarlehens zu erhöhen. Einem etwaigen späteren Gesuch um Erhöhung auf drei Drittel müßten genaue Berechnungen über den Bauaufwand beigegeben werden. Bürgerausgüßgenehmigung ist nicht erforderlich, da die vom Bürgerausgüß bereits zur Verfügung gestellten Mittel für private Bauunternehmungen noch nicht aufgebraucht sind und der Bürgerausgüß sich grundsätzlich damit einverstanden erklärt hat, daß das Gemeinwesen darlehen bis zum vollen Umfang des staatlichen Darlehens gegeben werden kann. Der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter hat dem Arbeitgeberverband gegenüber die Teuerungszulagen auf 1. Oktober ds. Js. gefündigt und Vorschläge auf Erhöhung der Teuerungszulagen und Kinderzulagen eingereicht. Für die einzelnen Ortsgruppen sollen Ausgüßzulagen gewährt werden. Für die Ruheheimempfänger und Hinterbliebenen von kriegsbeschädigten Arbeitern sollen die verlangten Erhöhungen sinngemäß Anwendung finden. Hiervon nahm der Gemeinderat einstimmig Kenntnis. Der Betriebsrat hat Antrag auf Einreichung verschiedener städtischer Arbeiter in eine höhere Lohngruppe eingereicht. Zwecks Prüfung der Frage, ob und inwieweit in den Einzelfällen die Voraussetzungen für Umgruppierung gegeben sind, wird eine Kommission eingesezt. 3 Arbeiter der früheren Gemeinde Aue werden in den städtischen Betrieb übernommen. Die vom Tiefbauamt vorgeschlagene Einteilung des Geländes an der Altmündung (Saublod an der Wuesstraße) für die Erstellung der Wohnhäuser für die Postbeamten wurde gebilligt. Die gemeinderätliche Schätzungskommission wird durch Gemeinderat Klenert vom Stadteil Aue erweitert. Für den Stadteil Aue wird ein besonderer Armenpflegerbezirk vorerst nicht gebildet. Kleinere Erhebungen sind durch Wasserbau und Aue zu machen, während umfangreichere Feststellungen in Unterstüßungsangelegenheiten durch den städtischen Armenpfleger und ev. die städtische Fürsorge zu erledigen sind. Gemeinderat Klenert wird für den Stadteil Aue in die Armenkommission berufen.

Stuttgart, 5. Sept. Nach einer Verfügung des Reichsarbeitsministeriums soll der Betrieb des Besorgungskrankenhauses (Referenzlazarett) auf 60 Betten beschränkt werden. Aus

Laxin-Konfekt. Artlich empfohlen bei Darmträgheit, Hämorrhoiden.

Ein Lied.

Von Johannes Heitz Braach.

Brüder, ein Lied! Daß es Länder und Meere umkreise, Wege ins weite Weltall weise, Lebende rufe und Tote erwecke, Brüder, ein Lied! Singt der Schönheit, dem Licht und dem Leben, Singt von ewigem Wirken und Weben, Brüder, ein Lied! Herz und Seele hineingetrieben, Singt von maitenigem Lieben, Singt — von Kraft und Glaube durchdrungen, hoffnungspendend, freudungläubig — Eurer Heimat das schönste Lied, Brüder, ein Lied! Brüder, ein Lied! Daß es Länder und Meere umkreise, Wege ins weite Weltall weise, Lebende rufe und Tote erwecke, Brüder, ein Lied!

Kunst und Wissenschaft.

Bad. Landestheater. Anschließend an die bereits erfolgte Aufführung des einführenden Vortrags, den Herr Professor Dr. Carl Soll von der Karlsruher Hochschule am Sonntag, den 11. September, vermittags 11 1/2 Uhr in der Wandelhalle des Landes-theaters über den „Urfakt“ (Goethes „Faust“ in ursprünglicher Gestalt) halten wird, teilt die Intendanz noch mit, daß der Preis der Eintrittskarten 4 M. beträgt, für Mitglieder des Theaterkuratorverbandes, sowie für Inhaber von Plakettchen zur ersten Aufführung am 15. ds. Mts. auf 2 M. ermäßigt ist. Würzburger Stadttheater. Unter 25 Bewerbern wurde der Hanauer Theaterdirektor Ludwig Spanuth-Bodenstädt zum Stadttheaterleiter in Würzburg gewählt.

Eröffnungs-Vorstellung des „Neuen Theaters am Zoo“. Unser Berliner Theaterreferent schreibt uns: Im Berliner Westen entstehen die neuen Theater. Zur „Trübener“ und zum „Kleinen Schauspielhaus“ kommt nun das „Neue Theater am Zoo“, das am 27. August eröffnet wurde. Aus dem großen Saale des ehemaligen Landwehrkasinos ist ein prunkvoller, ringloser, etwa 800 Personen fassender Kammerpielraum geschaffen worden. Direktor Gustav Charé eröffnete das neue Haus mit dem Spiel „Die kleine Leocadie“ von Rudolf Egg, einem lebenswichtig-harmlosen Abenteuerchen einer kleinen Comtesse, die beinahe einen Skandal mit einem herzenberührenden Malersmann hat, sich aber über eine falsche Verlobung hinweg schließlich in eine solide Ehe rettet. Die Spielleitung Hanns Fichters legte den Hauptakzent auf eine elegante und gedämpfte vornehme Dialogführung und ließ alles Klamaukhafte, das heute überall Trumpf ist. Rita Burg war die kleine Leocadie und entlebte sich der Aufgabe mit Geschick und guten Toiletten. Auch die übrigen Puppen dieses Spieles waren in guten Händen, so daß diese Harmlosigkeit sogar etwas wie Stil hatte. Der künstlerische Gewinn des Abends war Eise Dyppele-Regand, deren Bühnenbild mit zu den Schönsten und Charmantesten gehört, was seit langem in Berlin zu sehen war.

Dr. O. E. S. Eine Kammer-Oper in Berlin. Zwischen Maximilian Moris und Deutschen Theater schwanden Verhandlungen, denen zugrunde liegt, daß in der Winterperiode 1921/22 in den Kammerspielen Opern-Vorstellungen stattfinden sollen. Gedacht sind die Aufführungen als künstlerische Darbietungen mit modernen und klassischen Stils unter Mitwirkung namhafter Operngängerkräfte. Das Operntheater soll aus einem Doppelstrahlgangquartier bestehen.

Berliner Kino. Man schreibt uns: Die vergangene Woche vermittelte den Kinofreunden der Reichshauptstadt die Bekanntheit mit einem neuen Ufa-Film „Seefahrt in No.“ nach dem bekannten Roman von dem in der Stagerat-Schlacht ums Leben gekommenen niederdeutschen Dichter Georg Rod. Das alte Lied von dem Zauber des Meeres, dem die Fischerfamilien Generation auf Generation, erliegen, ist von Thomas Hill leblich gefaßt für den Film eingelangt worden. Gutes Spiel der Hauptdarsteller, allen voran das Fischerpaar (Hans Marr und Lucie Höfling) samt ihrem quideben-

igen Buben (Werner Pfullmann) — sowie eine reizvolle Photographie trugen zum Erfolg des Abends bei. Erwähnt sei noch Hugo Böhm in der Rolle eines Geistesforschers. — Der folgende Tag brachte zunächst die Aufführung des gleichzeitig in zwei großen Unions-theatern laufenden Films „Gewaltige Klüfte“. Manuskript Carl Mayer, Spielleitung Lupu Piu. Wer auf Grund dieser Konstellation gehofft hatte, wieder einen Kammerpielstilm zu sehen vom Range der unvergesslichen „Scherben“, ward enttäuscht. Man bot einen allzu deutlich für amerikanischen Geschmack zurecht gemachten Spielfilm mit kriminellem Verwicklung, wobei gern zugegeben werden soll, daß die Lösung der Angelegenheit durchaus originell war: Als Verbrecher entpuppte sich ein als Kind untergeschobener Lili-putaner, der in Hans Walker einen ganz jamaosen Vertreter gefunden hatte. Von den übrigen Darstellern festelte leblich die unbeherrschbare Vornehmheit Arnold Korffs. — Alsdann hatte der Mozart-Saal zur deutschen Aufführung eines (amerikanischen) Drama-Films „Die Schreden der weißen Hölle“ geladen; dieser Film mit seiner etwas unwahrscheinlichen Handlung und dem unermeßlichen Boxkampf ließ ziemlich kalt, jedoch wirkten zahlreiche Naturaufnahmen aus dem winterlichen Alaska eindrucklich. Die Hauptdarstellerin Anna Nilsson in einer Doppelrolle ist gute Duhendware; interessant wäre es, den Namen des Partners zu erfahren.

Ein Altersheim für Dramatiker. Der Verband Deutscher Bühnenkomponisten hat das Kurhaus in Tals in Thüringen, fünf Gebäude mit 100 Zimmern und großem Garten, zur Einrichtung eines Altersheims erworben und wird vom März nächsten Jahres ab den Betrieb eröffnen. Die ordentlichen Mitglieder des Verbandes erhalten für sich und ihre Familie kleine Wohnungen von 3 Zimmern und Küche kostenlos überwiehen.

Wissenschaftliche Angestellterverteilung. In Mannheim wurde die Deutsche Zentralstelle zur wissenschaftlichen Erforschung der gesamten Angestellterverteilung und Bekämpfung der Seuchengefahr von Vertretern der verschiedensten Berufe und Klassen geründet. Leiber der wissenschaftlichen Prüfungs- und Berufsstelle ist Dipl.-Ing. Edwin Raquelstein, Chemiker, Vorstand der Gesamterwaltung Redakteur J. Brech, beide in Mannheim, wo das Institut seinen Sitz hat. Es handelt sich hier um höchst wertvolle und volkre wirtschaftliche Bestrebungen.

diesem Grunde mußte einem großen Teil des Personals gekündigt werden.

Mannheim, 4. Sept. (Ein Tarifurteil.) Die Elektrische Straßenbahn Mannheim-Ludwigshafen untersteht einer Leitung, hat aber zwei Tarife. Um dem Defizit mehr zu heuern, als dies in Mannheim geschieht, hat der Stadtrat Ludwigshafen Tarif-erhöhungen eingeführt, denen Mannheim nicht gefolgt ist.

Mannheim, 5. Sept. In Berlin bekamen zwei Reisende Streit, wobei der eine ein Päckchen verlor, das 2000 Stück vom Lebensmittelamt Mannheim stammende Reisbrotmarken enthielt. Es stellte sich heraus, daß die beim Amt angestellten Kaufleute Gustav Müller und Max Rohmeier auf Anstiften des früheren Angestellten Karl Mansar 14 000 Stück unterschlagen und das Tausend um 100 bis 750 M. verteuert hatten.

Mannheim, 3. Sept. Ein 19 Jahre alter Zwangszügl. Ing hatte einen Wäschdiebstahl begangen und wurde mit seiner Beweise von einem Polizeiwachtmeister verurteilt. Da der Dieb auf mehrfachen Anruf nicht hielt, schloß der Beamte und traf ihn in den Fuß, sod daß er zusammenbrach und verhaftet werden konnte.

Mannheim, 4. Sept. Da auch hier die Wohnungsnot sehr groß ist, beschloß die Gemeindebehörde zwei Wohnhäuser mit je 4 Wohnungen zu bauen. Vom Staat war ein Zuschuß zugelangt worden. Schon waren die Arbeiten an die Handwerker vergeben, da sog der Staat seine gemachte Zusage wieder zurück.

Freiburg, 4. Sept. Vor dem Freiburger Schlichtungsausschuß kamen die Lohnfragen in der Metallindustrie Südbadens zur nochmaligen Verhandlung, da die Arbeitgeber anstelle der 46, bezw. 47stündigen, die 48stündige Arbeitszeit forderten, weshalb die ursprünglichen Lohnverhandlungen gescheitert waren.

St. Blasien, 5. Sept. Auf dem Dachsberg und auf dem Höhenwälderberg kostete der Str. Kartoffel jetzt 60-70 M. gegenüber 90-100 M. vor 14 Tagen. Das in den Räumen des hiesigen Kurhauses veranstaltete Wohltätigkeitsfest zu Gunsten der Brandgeschädigten in Pfäfers brachte einen Reingewinn von etwas mehr als 15 000 M.

St. Blasien, 5. Sept. Die Verhandlungen zwischen den Gewerkschaften und der Arbeitgeberseite hatten zum Ergebnis, daß in jeweils zu bestimmenden Maßzahlen immer Kuhfleisch zum Preise von 7 M. vorhanden sein soll. Die Preise für Würstchen werden um 2 bzw. 1 M. gesenkt.

Singen, 5. Sept. (Eifersuchtsdrama.) Der 22 Jahre alte Schönl hat aus Eifersucht eine Kellnerin durch einen Schuß lebensgefährlich verletzt und sich dann selbst durch zwei Schüsse getötet. An dem Aufkommen des Mädchens wird gearbeitet.

Hausen a. A., 5. Sept. (Großfeuer.) In der Nacht zum Sonntag brach gegen 2 Uhr morgens in den landwirtschaftlichen Anwesen des Gemeinderats Moosbrügger und Alfred Seitzler Feuer aus.

Meersburg, 4. Sept. (Bodenstedampfschiffahrt.) Mit den kommenden Winter werden wohl, wie dem Bürgermeisteramt mitgeteilt wurde, die beiden Abendstiffe von Konstanz in den Ober- und Ueberlinger-See in Wegfall kommen.

Konstanz, 4. Sept. Vor einer Wehrgerei kam es zu einem großen Menschenauflauf. Ein Gerichtsvollzieher wollte das Fleisch des Wehgers beschlagnahmen. Die Frau des Wehgers trat dem Gerichtsvollzieher gegenüber, warf ihm die rohesten Ausdrücke an den Kopf, wurde schließlich tätlich, trat ihm gegen den Leib,

trachte und biß wütend um sich, um ihn so in der Diensthandlung zu behindern. Erst die Schutzmannschaft konnte den Gerichtsvollzieher in seiner Handlung unterstützen und die Frau festnehmen.

Konstanz, 4. Sept. In den verschiedenen Ortlichkeiten der Seegegend macht sich ein bedeutender Rückgang der Obstpreise und eine erhöhte Obstzufuhr bemerkbar.

Konstanz, 5. Sept. In der Mitte des Bodensees wurde von Fischern ein umgekipptes Segelboot mit einem Paar Schuhen, einem Romanbuch und einem Rock aufgefunden, das wahrscheinlich im Sturm kenterte. Ueber den Verbleib des Insassen ist noch nichts bekannt.

Konstanz, 5. Sept. Gestern fanden hier die Krankenkassenwahlen statt. Von 10 000 Wählern haben nur 1715, also nicht einmal ein Fünftel der Wahlberechtigten, abgestimmt. Auf die Wahlvorschlagsliste der christlichen Gewerkschaften wurden nach dem vorläufigen Ergebnis 782, auf die Wahlvorschlagsliste der freien Gewerkschaften 967 Stimmen abgegeben.

Aus der Landeshauptstadt.

Karlsruhe, den 6. September 1921. Sprechapparate mit Anschlußdosen.

Die neue Fernsprechanordnung läßt bei den Haupt- und Nebenanschlüssen an Stelle der mit den Leitungen fest verbundenen Sprechapparate Anschlußdosen zur Einschaltung tragbarer Apparate zu. Die Haupt- oder Nebenanschlüsse endigt an der ersten Anschlußdose. Die Zahl der zu einem Haupt- oder Nebenanschluß gehörigen Anschlußdosen ist nicht beschränkt, doch müssen sie sich in demselben Gebäude befinden.

Protokollversammlung in der Weistadt. Gestern Abend fand im Saale der Goethehalle eine sehr stark besuchte Versammlung von Bewohnern der Weistadt statt, um gegen das Stadtratsliche Projekt der Errichtung einer großen Automobilfabrik in jenem Stadtteil (Ede Sophien- und Hans Sachsstraße) Protest zu erheben.

Die sachmännischen Ausführungen machte Architekt Feld, welcher der Ansicht war, daß nach der fäbdt. Bauordnung das Projekt niemals genehmigt werden dürfe. Von allen Seiten seien Einsprüche erhoben worden, auch vom Gemeinrat in der Nähe liegenden Diakonissenhauses. Redakteur Huber wies auf die vielfachen Gefahren für die Gesundheit der Allgemeinheit hin; er behauptete, daß der Bezirksrat die Abweisung eines Vertreters abgelehnt habe.

Die Versammlung beschloß, die Angelegenheit dem Stadtrat zu empfehlen, die Angelegenheit dem Stadtrat zu empfehlen, die Angelegenheit dem Stadtrat zu empfehlen, die Angelegenheit dem Stadtrat zu empfehlen.

Krankenspross- und Zwiebackverfärgung. Mit Ablauf der Verwaltungsperiode ab 18. September 1921 wird die allgemeine Krankensprossverfärgung aufgehoben. Von dieser Zeit an erhalten nur Mindest- und Mindestmengen, die jeweils einen Ausweis von der Bezirksbehörde des hiesigen Gesundheitsamtes, Rathaus Zimmer 127 vorlegen. Krankenspross und Zwieback annehmen. Auch für Wäsche-

zinnen, die während der Entbindung jeweils für 14 Tage Krankenspross, sowie Kinder, die vom ersten bis zum zweiten Lebensjahr Zwieback beziehen, trifft dasselbe zu. Im Einvernehmen mit der freien Bäderinnung werden die Brotpreise (rationiertes) von Mittwoch den 7. ds. Mts. an wie folgt festgesetzt: für den Laib von 1500 Gr. auf 5.30 M., für den Laib von 750 Gr. auf 2.70 M.

Die Karnevalsgesellschaft „Genorio“ veranstaltete vergangenen Samstag im Lieberhallsaal eine Herbstfeier, wozu sich die Mitglieder und Freunde der Gesellschaft in großer Zahl eingefunden hatten. Außer der Langunterhaltung bot die Gesellschaft einen bunten Teil, ausgeführt von der Konzertsängerin Edith Frankenstein, welche mit ihrer wohlgepflegten Stimme Lieder von Kastel, Leo Bloch und Harry Waldhau zum Vortrag brachte und mit einem Liebeslied aus „Hohheit Längerin“ großen Beifall erzielte.

Turnen / Spiel / Sport.

Das erfolgreichste Pferd ist Olfian nach seinem Siege im Großen Preise von Baden am Donnerstag. Der Herr von Olfian setzte seinen Erfolg im Großen Preise von Berlin, Hannover u. Köln in Baden-Baden die Krone auf, da es ihm gelang, den in elf Rennen unbesiegbaren Ordensjäger, mit dem er hier erstmalig zusammentraf, zu schlagen. Seine Gewinnsomme beträgt 357 500 M., steht also nur um 100 000 M. hinter der von Herold aufgestellten Rekordgewinnsomme zurück.

Vertretertag des Deutschen Reichsausschusses für Leibesübungen.

Unter der Leitung von Dr. Martin tagte am Samstag nachmittag im Reichsministerium des Innern in Berlin der Vertretertag (der frühere Wettkampfausschuß) des Deutschen Reichsausschusses für Leibesübungen. Den ersten Punkt der Tagesordnung bildeten Neuaufnahmen. Auf Einpruch des Deutschen Ruderverbandes wurde die Aufnahme des Wanderruderverbandes nochmals als Stammmember abgelehnt, der als Aufnahmewerber jedoch zugelassen wurde.

Die zweite Sitzung wird der nächste Vertretertag vornehmen. Zum Deutschen Turn- und Sportabzeichen hatten der Deutsche Eislaufverband und der Verband Deutscher Sportlehrer Anträge eingereicht. Während dem ersteren nicht zugestimmt wurde, da dann das Abgehen nur für den Reichsverband angefallenen Verbände zu erwerben gewesen wäre, wurde der Antrag der Sportlehrer verweigert, da der Antragsteller wegen der gleichzeitig im Deutschen Stadion stattfindenden Turnfestes der höheren Schulen Groß-Berlins keinen Vertreter entsenden konnte.

Der Vorstand der D.M. tagte am Samstag vormittag in Berlin unter Vorsitz von Graf v. Helldorf. Geheimrat Bier, Direktor der Hochschule für Leibesübungen und Direktor Hüster, der Leiter des Jugend-Blitzamtes Berlin wurden zu persönlichen Mitgliedern ernannt. Geheimrat Hardt gab über die gütlichen Klaffenverhältnisse Auskunft. Im Deutschen Stadion sollen Erweiterungsarbeiten vorgenommen werden, ebenso soll mit den Propagandaarbeiten für die Kampfspiele begonnen werden.

Certan Wunden Vernichtet. Erhältl. in Apotheken, Drogerien usw.

Lehmann und Cis.

Von Peter Hubert Becker.

Ich habe seit etwa sechs Wochen einen jungen Hund und eine junge Katze. In meiner Schwäche für altertümliche Namen taufte ich den Hund Philemon, die Katze hingegen Baucis. Also Philemon und Baucis!

Natürlich — Sie lachen. Mein Gott, Sie haben ja ganz recht, wenn Sie meinen, diese Namen klingen ein wenig kurios und nicht hübsch genug. Ein Hundename müsse möglichst kurz lauten, ebenso der Name für die Katze.

Wie gesagt, Sie haben ja recht. Und da ich ein einseitiger Mensch bin, so streiche ich die Anfangsilben „Ph“ und „Bau“ und nenne den Hund kurz „Lemon“ und die Katze einfach „Cis“. Also Lemon und Cis! Was — Lemon und Cis? Nun ja, Cis... für die Katze... na, meinerwegen... aber der Hund... Lemon? Na, schön ist der Name nun gerade nicht. Lemon! Nennen wir den Käfer doch Lehmann. Das ist doch wenigstens ein ehrlicher deutscher Name.

Ganz recht, Lehmann ist ein ehrlicher deutscher Name. Altertümliche Anklänge hat er zwar nicht, aber du lieber Himmel, man hat in dieser bösen Zeit an viel schlimmere Dinge sich gewöhnt und auf weit bessere Dinge verzichten müssen, warum soll ich also meinen Hund nicht Lehmann nennen?

Was es für ein Hund ist... was für eine Katze? Ach Gott, von Katze keine Spur. Lehmann ist ein ganz gewöhnlicher Feld-, Wald- und Wiesenhund, also kein exotischer Rassehund, wie manche glauben. Da meinte neulich einer, Lehmann komme wohl aus Afrika. Hundeverstand hat der nun gerade nicht, der so etwas glaubt... Nein, Lehmann stammt nicht aus Afrika, sondern aus der Gegend von Pommern, berühmt durch ihre großen Misthaufen und ihre vielen Kartoffeln.

Ueber seine Väter und seine Mutter war nichts zu erfahren. Immerhin, man denke sich einen Spitz, einen Fudel und einen Dackel, dazu noch irgend ein anderes Tier, meinerwegen einen Fasel — also von jedem etwas — dazu zwei hochstehende; in die Wolken wachsende Ohren, einen tief herunterhängenden dicken Schnauzbart und einen mächtigsten, wurstartigen Schwanzstummel, und dieses Gewächs, in

rauhhaarigen, futuristisch-gesährtem Fell, auf vier klöbigen, trummelnrigen Dackelbeinen pomadig einherstorkelnd, ist Lehmann. Also ein wahres Naturgenie!

Lehmann ist also eigentlich ein häßlicher Hund? Jawohl, das ist er, sehr häßlich sogar. Aber das ist ja gerade das Schöne an ihm. Nur häßliche Hunde sind schön! Dabei hat Lehmann geradezu wunderbare Augen, zwei große, runde Kohlenaugen, keelenoll, tief und ungeründlich, Augen, wie man sich keine schöneren denken kann.

Wenn ich nun noch sage, daß Lehmann wie ein Mensch lachen und meinen kann und mir abends mit drohlichen Verheißungen meine Pantoffel bringt, daß er für sein Leben gern Limon mit Peterfarnstoffsäften trinkt und ich ihn für kein Geld mehr hergeben würde, dann können Sie sich immerhin ein halbwegs zutreffendes Bild von ihm machen.

Nun, und die Katze? Merkwürdig, früher habe ich die Katzen nicht leiden mögen. Mein Cis ist das goldigste Geschöpf, das man sich vorstellen kann. Wenn Mark habe ich dafür bezahlt. Da war sie fünf Wochen alt und wog zweieinhalb Pfund. Früher wurden einem die Katzen oft nachgeworfen, man bekam sie gern umsonst. Aber heutzutage, wo die Katzen so leicht mit Felchsen verwechselt werden, ist ihr Wert erheblich gestiegen. Zwar hat irgendwo Goethe gesagt:

Die Katze, die der Jäger schloß, Macht wie der Koch zum Hahn. Nein, für die heutigen Zeiten trifft das nicht mehr zu. Schon wegen des Felles sind Katzenbälge sehr gesucht. Und Cis hat ein geradezu wundervolles schwarzes Fell, lamweiß, mit einem glänzenden, tiefbraunen Seidenschimmer. Der schönste Sealspelz kann nicht schöner sein. Dazu eine bewegliche, graziose Gestalt mit feinen Campfpfötchen, ein reizvolles Köpfchen, schneeweiße Zähnechen und zwei ungarbar schöne Augen, groß und lugelrund. Es ist erstaunlich, wie diese Augen sich fortwährend vermindern. Meist sind sie hellgrün, von unbeschreiblich tiefer, im Dunkeln leuchtend wie die Lokomotivlaternen eines aus fernem Nacht herantommenden Eisenbahnzuges. Dann plötzlich nehmen sie eine wundervolle blaue Färbung an. Abends aber sind sie wie tief schwarze Augen, groß und leuchtend.

Allem Anschein nach ist Cis eine großartige Mausstange. Neulich kam sie aus dem Garten die Treppe hinaufgestürzt und zeigte mir mit höchstem Stolz ein Mäuselein, das wehmütig piepsend zwischen ihren Zähnen hing. Die erste Maus! Und diese rührende Etelkeit! Mein Gott, sollte das Käselein bei dieser ersten Maus nicht das gleiche stolze Gefühl haben, wie der junge Jäger beim ersten Raß? Erst nachdem ich dem Käselein meine Hochachtung ausgedrückt, wurde das Mäuselein abgemurkelt.

Wie die Katze mit Lehmann fertig wird? Mein Gott, was das eine Kreuzerkomödie, als ich die beiden miteinander bekanntmachte. Cis war bereits drei Tage da und schaute sich schon ganz als Herrin im Hause. Sie betrachtete oho Lehmann als Eindringling. Der aber, die Haare zu Berge, schloß wie ein Verleierter auf die Katze los. Seine Hande war zum Schreien. Cis aber, im Nu zur Bekke verwandelt, stellte sich dem Angreifer schauend und mit hochgestäubtem Fell entgegen und gab dem total verblüfften Lehmann solche Ohrfeigen, daß er sich heulend unter dem Stuhl verkroch. Cis indes aber konnte nach dieser Heldentat in einem blühartigen Saue auf meine Schultern, stufte mit dem Mädchen festig auf meine Nasenspitze und schürte mir in großem Tonen die Ohren voll, gleichzeitig mit lebensschafflicher Gebärde ihren Samtörper an meinen Kopf drückend.

In dieser reizvollen Art klagte mir das kleine Tier sein Leid. Und jedes Mal, wenn Lehmann sie geizig oder sie sonst irgend einen Kummer erlebt, dann flüchtet sie zu mir und wiederholt das gleiche Spiel.

Lehmann und Cis standen sich anfangs gegenüber wie Hund und Raß. Nach dreiwöchiger Dursur — voll von ulkigen Episoden — merkte man bereits die Anzeichen einer gewissen Kameradschaft. Nun sollen sie miteinander und balgen sich herum wie diee Wilden. Und fast immer hat die kleine Katze die Oberhand; denn sie ist mit ihren „Walchen“ so freigeig, daß der arme Lehmann sich meist unter den Lehnhühl flüchten muß. Somit aber übertragen sich die belledenen recht gut. Nur bei den Freistößen findet die Kameradschaft allemal ein jähes Ende. Da stehen sie sich gegenüber wie zwei Todfeinde. Er, Lehmann, mit schiefen, keelen Augen, taurend und ähnelelelschend, Cis hingegen geduckt und sprungbereit, mit finsternen, phosphoreszierenden Blicken den Genossen in Schach haltend. Die reine Sansurkistade!

Da ist wohl nichts zu machen, fürchte ich, denn Lehmann und Cis sind schließlich doch nur Hund und Raß.

ihren Zähnen hing. Die erste Maus! Und diese rührende Etelkeit! Mein Gott, sollte das Käselein bei dieser ersten Maus nicht das gleiche stolze Gefühl haben, wie der junge Jäger beim ersten Raß? Erst nachdem ich dem Käselein meine Hochachtung ausgedrückt, wurde das Mäuselein abgemurkelt.

Wie die Katze mit Lehmann fertig wird? Mein Gott, was das eine Kreuzerkomödie, als ich die beiden miteinander bekanntmachte. Cis war bereits drei Tage da und schaute sich schon ganz als Herrin im Hause. Sie betrachtete oho Lehmann als Eindringling. Der aber, die Haare zu Berge, schloß wie ein Verleierter auf die Katze los. Seine Hande war zum Schreien. Cis aber, im Nu zur Bekke verwandelt, stellte sich dem Angreifer schauend und mit hochgestäubtem Fell entgegen und gab dem total verblüfften Lehmann solche Ohrfeigen, daß er sich heulend unter dem Stuhl verkroch. Cis indes aber konnte nach dieser Heldentat in einem blühartigen Saue auf meine Schultern, stufte mit dem Mädchen festig auf meine Nasenspitze und schürte mir in großem Tonen die Ohren voll, gleichzeitig mit lebensschafflicher Gebärde ihren Samtörper an meinen Kopf drückend.

In dieser reizvollen Art klagte mir das kleine Tier sein Leid. Und jedes Mal, wenn Lehmann sie geizig oder sie sonst irgend einen Kummer erlebt, dann flüchtet sie zu mir und wiederholt das gleiche Spiel.

Lehmann und Cis standen sich anfangs gegenüber wie Hund und Raß. Nach dreiwöchiger Dursur — voll von ulkigen Episoden — merkte man bereits die Anzeichen einer gewissen Kameradschaft. Nun sollen sie miteinander und balgen sich herum wie diee Wilden. Und fast immer hat die kleine Katze die Oberhand; denn sie ist mit ihren „Walchen“ so freigeig, daß der arme Lehmann sich meist unter den Lehnhühl flüchten muß. Somit aber übertragen sich die belledenen recht gut. Nur bei den Freistößen findet die Kameradschaft allemal ein jähes Ende. Da stehen sie sich gegenüber wie zwei Todfeinde. Er, Lehmann, mit schiefen, keelen Augen, taurend und ähnelelelschend, Cis hingegen geduckt und sprungbereit, mit finsternen, phosphoreszierenden Blicken den Genossen in Schach haltend. Die reine Sansurkistade!

Da ist wohl nichts zu machen, fürchte ich, denn Lehmann und Cis sind schließlich doch nur Hund und Raß.

Lehmann und Cis standen sich anfangs gegenüber wie Hund und Raß. Nach dreiwöchiger Dursur — voll von ulkigen Episoden — merkte man bereits die Anzeichen einer gewissen Kameradschaft. Nun sollen sie miteinander und balgen sich herum wie diee Wilden. Und fast immer hat die kleine Katze die Oberhand; denn sie ist mit ihren „Walchen“ so freigeig, daß der arme Lehmann sich meist unter den Lehnhühl flüchten muß. Somit aber übertragen sich die belledenen recht gut. Nur bei den Freistößen findet die Kameradschaft allemal ein jähes Ende. Da stehen sie sich gegenüber wie zwei Todfeinde. Er, Lehmann, mit schiefen, keelen Augen, taurend und ähnelelelschend, Cis hingegen geduckt und sprungbereit, mit finsternen, phosphoreszierenden Blicken den Genossen in Schach haltend. Die reine Sansurkistade!

Da ist wohl nichts zu machen, fürchte ich, denn Lehmann und Cis sind schließlich doch nur Hund und Raß.

Südwestdeutsche Industrie- und Wirtschafts-Zeitung

Handelszeitung der Badischen Presse.

Die Abrechnung über die dem Reiche überlassenen festverzinslichen ausländischen Wertpapiere.

Anfang 1919 wurde der deutschen Regierung durch das Brüsseler Lebensmittellabkommen von der Entente gestattet, in ausgedehntem Maße ausländische festverzinsliche Wertpapiere von den Reichsangehörigen käuflich zu erwerben, um mit dem Erlös im Auslande Lebensmittel zu beschaffen. Als auf Grund der vom Reichsfinanzminister erlassenen Bekanntmachung vom 26. März 1919 nebst Nachträgen die Einreichung der Wertpapiere erfolgte, erhielten die Besitzer eine sofortige Abschlagszahlung, welche auf Grund der Börsenbewertung vom 31. Dezember 1918 berechnet wurde, also dem ungefähren damaligen Werte gleichkam. Die Restauszahlung sollte dann nach der Veräußerung der einzelnen Wertpapiergattungen erfolgen. Man ging hierbei von der Voraussetzung aus, daß die durch diese Bekanntmachung aufgeführten Wertpapiere in kurzer Frist im Auslande verwertet werden könnten. Wider Erwarten stellten sich indes bei der Veräußerung der Wertpapiere sehr große Schwierigkeiten entgegen, da trotz jenes genannten Abkommens die Entente aus den verschiedensten Gründen der Veräußerung widersprach und erst nach langwierigen Verhandlungen wenigstens bei Verkäufen im neutralen Ausland von einer besonderen Veräußerungsgenehmigung abfiel. Aber auch hiermit waren die Voraussetzungen für die Verwertung noch nicht gegeben, da der Absatz auf den Märkten im früheren feindlichen Auslande, insbesondere auf dem Londoner Markt, überhaupt nicht und später nur mit gewissen Einschränkungen möglich war und im übrigen die während des Krieges von den feindlichen Regierungen erlassenen Maßnahmen (Zahlungsverbot usw.) zunächst noch fortbestanden. Leider ist bei einem Teil der Anleihen früher feindlicher Staaten der Zinsendienst auch heute noch nicht wieder aufgenommen. Insbesondere ist dies der Fall bei den

- 5proz. Chines. Reorgan. Anleihe von 1913,
- 5proz. Chines. Tientsin-Pukow Anl. von 1908,
- 5proz. Chines. Tientsin-Pukow Anl. von 1910,
- 5proz. Chines. Hukuang Anleihe von 1911,

deren Veräußerung erst nach Aufhebung der Zahlungsverbot durchführbar sein wird. Kepernt oder notleidend sind im übrigen noch die

- 4proz. Serbische Anleihe von 1895,
- 4½proz. Serbische Goldanleihe von 1909,
- 4½proz. Portugies. Eisenb. Obl. von 1889, I. Rang,
- 4proz. Beira Baixa Eisenb. Obl. von 1886,

die infolgedessen nur zum Teil veräußert werden konnten. Aber nicht nur bei den feindlichen, sondern auch bei neutralen Wertpapieren stellten sich Schwierigkeiten ein, insbesondere bei der 4½proz. Provinz Buenos Aires Anleihe von 1910 und der 5proz. Argentinischen Staatsanleihe von 1887, deren Anleihegläubiger trotz eindeutigen Vortrags der Anleiheurkunden den Goldcharakter der Anleihen betreiben und glauben, unter Außerachtlassung der aufgedruckten fremden Währungen ihren Verpflichtungen durch Zahlung des aufgedruckten Markbetrages in Papiermark nachkommen zu können. Die gegen die Anleihegläubiger eingeleiteten Prozesse sind bisher noch nicht zum Abschluß gelangt.

Hätten schon diese Schwierigkeiten eine Verzögerung der Verkaufstätigkeit teilweise über zwei Jahre hinaus zur Folge gehabt, so kam hinzu, daß ein großer Teil der Wertpapierbesitzer der Abfertigungspflicht nur äusserlich nachkam und viele Anleihebesitzer mit Mängeln behaftet oder mit Opposition belegt waren. Da es unbillig gewesen wäre, den Einreichern die inzwischen angesammelten Summen aus den Verkäufen vorzuenthalten, eine endgültige Abrechnung aber noch nicht möglich war, so entschloß sich das Reichsfinanzministerium, zunächst weitere Abschlagszahlungen zu gewähren.

Nachdem heute der Hauptteil der Wertpapiere veräußert und andererseits noch nicht abzusehen ist, wann die Schwierigkeiten bei den oben erwähnten Papieren beseitigt sein werden, wird nunmehr, abgesehen von den folgenden Anleihen:

- 5proz. Chines. Reorgan. Anleihe von 1913,
- 5proz. Chines. Tientsin-Pukow Anl. von 1908,
- 5proz. Chines. Tientsin-Pukow Anl. von 1910,
- 5proz. Chines. Hukuang Anleihe von 1911,
- 4proz. Serbische Anleihe von 1895,
- 4½proz. Serbische Goldanleihe von 1909,
- 4½proz. Portugies. Eisenb. Anl. von 1889, I. Rang,
- 4proz. Beira Baixa Eisenb. Obl. von 1886,
- 4½proz. Provinz Buenos Aires Anl. von 1910,
- 5proz. Argentinische Staatsanleihe von 1887,

eine Endabrechnung erfolgen. Die Restsummen, die in keinem Falle unter der Hälfte des Betrages der ersten Abschlagszahlungen liegen, bei einigen aber weit darüber hinausgehen, werden im Laufe des nächsten Monats in der gleichen Weise wie die Abschlagszahlungen ausgeschüttet werden. Die Veröffentlichung der diesbezüglichen Bekanntmachung steht bevor. Es sei bemerkt, daß die Berechnung unter Beobachtung des Grundsatzes, daß an der Erzielung höherer Marktbeträge infolge des Sturzes der Markte alle Wertpapiergattungen gleichmäßig Anteil zu nehmen haben, erfolgte.

Was nun die oben erwähnten Wertpapiere anbetrifft, deren Abrechnung heute noch nicht möglich ist, so ist zunächst darauf hinzuweisen, daß, abgesehen von den beiden portugiesischen Anleihen, bereits in allen Fällen weitere Abschlagszahlungen geleistet worden sind. Wann der endgültige Verkauf der noch unveräußerten Wertpapiere und die Behebung der sonstigen Schwierigkeiten erfolgen wird, die für die Restauszahlung Voraussetzung sind, läßt sich nach den bisherigen Erfahrungen in keiner Weise vorausbestimmen; es könnten Monate, auch Jahre vergehen. Um indessen den Besitzern der obigen notleidenden Papiere nach Möglichkeit entgegenzukommen, wird sich das Reichsfinanzministerium unter Berücksichtigung der erforderlichen Mittel damit einverstanden erklären, mit den Einreichern, soweit ihnen an einer sofortigen endgültigen Abrechnung gelegen ist, ihre Stücke zu noch festzusetzenden Preisen abzukaufen, wobei dann das

Reich die Risiken, die sich aus der weiteren Gestaltung der Effekten und Devisenkurse sowie aus den oben erwähnten sonstigen Schwierigkeiten ergeben, übernehmen würde.

Industrie und Handel.

— **Nähmaschinenfabrik Karlsruhe vorm. Heid & Neu.** Der Aufsichtsrat beschloß für 1920/21 eine Dividende von 15 Prozent (auf das im Februar d. J. von 4 Millionen auf 10 Millionen erhöhte Kapital) vorzuschlagen (im Vorjahr 20 Prozent auf 4 Millionen Kapital).

— **Verammlung der Betriebsvereinigungen Deutscher Privatbahnen und Kleinbahnen in Karlsruhe.** In einer Versammlung der Betriebsleiter der deutschen Privatbahnen und Kleinbahnen, die am 2. September ds. Js. in Karlsruhe stattfand, wurde einstimmig festgestellt, daß die von ihnen vertretenen Bahnen trotz der außerordentlichen Erhöhung der Tarife seit ausnahmslos mit großen Verlusten arbeiten, die das Weiterbestehen einer größeren Zahl von Bahngesellschaften in Frage stellt und daß es, um diese Gefahr zu beseitigen, unbedingt erforderlich ist, die Privat- und Kleinbahnen von der sie belastenden Verkehrssteuer zu befreien und außerdem für die Privatbahnen die zur Zeit außerordentlich geringe Entschädigung für Beförderung der Postgüter der Wertverwertung entsprechend zu erhöhen.

— **Kaiser Otto u. G. Ber. Deutsche Nahrungsmittelfabriken, Heilbronn.** Die beiden Teigwarenfabriken in Heilbronn und Friedrichsdorf mühten 1920/21 wegen mangelnder behördlicher Zuweisung in Weizenmehl beträchtliche Zeit stillzuliegen. Auch die Speisemittelfabrikation konnte nur in beschränktem Umfang erfolgen, da die der Gesellschaft zugehenden Rohwarentingente aus den vorgezeichneten Höchstpreisen nicht erhältlich waren. Im Suppengeschäft sei seit einiger Zeit einige Besserung festzustellen. Die Ergebnisse der landwirtschaftlichen Betriebe waren zufriedenstellend. Die Beteiligung an der Landshuter Kets- und Nahrungsmittelfabrik u. G. in Landshut habe man erweitert. Dort sei der Geschäftsgang befriedigend. Der Abschluß weist nach 426 150 (i. V. 474 938) Abschreibungen ein. M. 48 387 (13 408) Vortrag M. 748 988 (329 387) Reingehinn aus, woraus, wie gemeldet, wieder 8 Proz. Dividende jedoch auf ein erhöhtes Aktienkapital verteilt werden bei M. 115 737 Vortrag. Bei M. 8 (4) Mill. Aktienkapital, woraus M. 100 000 mit 25 Proz. eingezahlte Vorzugsaktien, betragen die Kreditoren M. 10,18 (10,45) Mill. neben einer neu eingehenden Obligationsschuld von M. 3 ½ Millionen. Andererseits stellen sich die Debitoren und Vorauszahlungen auf M. 4,97 (4,25) Millionen und die Wertpapiere und Beteiligungen auf 2,65 (0,28) Mill. Die Vorräte sind mit M. 9,92 (6,31) Mill. bewertet. Im neuen Geschäftsjahre habe sich der Umsatz gebessert und man rechne nach Aufhebung der Zwangswirtschaft mit einer weiteren Steigerung. (G. B. 12. Sept.)

Wirtschaftspolitisches.

Die Haftpflicht der Aussenhandelsstellen.

Von Rechtsanwalt R. Dittmar-Berlin.
Wiederholt haben Ausführungsstellen aus den verschiedensten Wirtschaftszweigen, Erzeuger wie Händler, die mit der Behandlung ihrer Ausfuhranträge aus irgendeinem Grunde nicht zufrieden waren, den Versuch gemacht, die betreffende Außenhandelsstelle für den angeblich aus der Art der Erledigung des Antrages entstandenen Schaden haftpflichtig zu machen. Die Behandlung der rechtlichen Seite dieser Frage erscheint uns so sehr geboten, als der Rechtsaufbau der Außenhandelsstellen auch heute noch manchen Kreisen unseres Wirtschaftslebens ziemlich unbekannt geblieben ist.

Die Grundlage der Organisation der Außenhandelsstellen ist die Verordnung über die Außenhandelskontrolle vom 20. Dezember 1919 und die dazu erlassenen Ausführungsbestimmungen vom 8. April 1920. Der Reichswirtschaftsminister hat von der ihm hierin zugestandenen Ermächtigung Gebrauch gemacht und den Außenhandelsstellen die Rechtsfähigkeit verliehen. Sogungsgemäß ist der gesetzliche Vertreter der Außenhandelsstellen der Reichsbevollmächtigte. Soweit die Außenhandelsstellen als Privatverkehrsvertragsunternehmen, bedarf infolgedessen die Haftung der Außenhandelsstellen bezw. der Reichsbevollmächtigten keiner weiteren Erörterung. Die Aufgaben der Außenhandelsstellen bestehen darin, daß sie von der Reichsregierung beauftragt worden sind, die Zulassung von Ausnahmen von den bestehenden Ausfuhrverboten zu prüfen und selbständig darüber zu entscheiden, also das Hoheitsrecht des Staates auszuüben. Es sind ihnen mithin Rechte und Pflichten übertragen, die in ihrem Ergebnis das Reich verpflichten, sofern die Ausfuhrbewilligung erteilt wird, die betreffenden Waren hinauszulassen, und sofern eine Einfuhrbewilligung erteilt wird, die Waren über die Zollgrenze in das Deutsche Reich hineinzulassen. Soweit es sich um die Genehmigung der Aus- und Einfuhranträge handelt, arbeiten die Außenhandelsstellen nach Richtlinien, die das Reichswirtschaftsministerium, der Reichskommissar für Aus- und Einfuhrbewilligung bezw. die Außenhandelsausschüsse den Reichsbevollmächtigten an die Hand geben. Die Außenhandelsstellen als juristische Person können bei diesem öffentlichrechtlichen Verkehr weder für die Handlungen des Reichsbevollmächtigten noch der übrigen Angestellten haftbar gemacht werden. Es kommt höchstens die Haftpflicht des Reichsbevollmächtigten selbst in Frage. Hierbei ist aber genau zu prüfen, ob der Reichsbevollmächtigte als Beamter im Sinne des § 839 BGB. anzusehen ist. Mit dem Verfasser eines Aufsatzes über dieselbe Frage in der „Juristischen Wochenschrift“ vom 1. August 1921 muß die Frage ohne weiteres bejaht werden, denn weder ist es zur Annahme der Beamteneigenschaft erforderlich, daß der Reichsbevollmächtigte den Beamtendienst im Sinne des Beamtengesetzes geleistet hat, noch daß die Anstellung als auf Lebenszeit vorgenommen anzusehen ist. Es ist ein unmittelbares Erfordernis, daß der Reichsbevollmächtigte ein Hoheitsrecht des Staates ausübt und dem Aufsichtsrecht des

Staates unterworfen ist. Im einzelnen Fall wird es natürlich sehr schwer sein, dem Reichsbevollmächtigten selbst eine vorläufige oder fehlerhafte Verlegung seiner Pflichten nachzuweisen. Sofern der Betroffene auf die Nachlässigkeit eines Angestellten zurückzuführen ist, hat der Reichsbevollmächtigte die Möglichkeit der Forderung des Nachweises, daß er bei Anstellung dieser Angestellten die im Verkehr erforderliche Sorgfalt hat abzuwenden lassen. Dasselbe gilt von dem stellvertretenden Reichsbevollmächtigten.

In strafrechtlicher Hinsicht wird man ebenfalls annehmen müssen, daß die Außenhandelsstellen als Behörden und nicht nur der Reichsbevollmächtigte, sondern auch die mit selbständigen Befugnissen ausgestatteten Referenten als Beamte im Sinne des § 859 des St.G.B. anzusehen sind. Denn der dem Strafrecht zugrunde liegende Begriff der Behörden und der Beamten geht wesentlich weiter als der des Beamtengehaltes und damit auch des bürgerlichen Rechts. Es ist auch von Strafgerichten erster Instanz in diesem Sinne entschieden worden. Wünschenswert wäre, daß diese Rechtsprechung auch durch Urteile weiterer Instanzen bestätigt wird.

Märkte.

Marktbericht aus Baden. Auf dem Schweinemarkt in Offenburg waren aufgeführt 458 Stück, darunter 5 Käufer. Der Preis für das Paar Käufer betrug 700 bis 900 M. Das Paar Ferkel kostete 80—450 M. Der Geschäftsgang war reger. — Auf dem Schweinemarkt in Lahr waren 245 Ferkel. Der Preis für das Paar betrug 200—400 M. Kaum die Hälfte der zum Markt gebrachten Tiere wurden verkauft. Auf dem Wochenmarkt in Lahr wurden Kartoffeln 80 Pf., das kleine Maß 2,30 M. Eier pro Stück 1,80—1,90 M. Das Pfd. grüne Bohnen 3 M., der Bund gelbe Rüben 60—80 Pf. Das Pfd. Weißkraut 1,10—1,20 M., Wirting 1,20 M., Kopfsalat pro Stück 0,80—1,50 M., Tomaten 1,50—2 M., Zwiebeln das Pfd. 0,90—1,10 M., Kohlrabi 1—1,50 M. pro Pfd., Tafelbirnen 1,50—2 M. pro Pfd., Pfäumen (Wagenstaber) 1,50 pro Pfd., Zweifelhän 2—2,20 M., Pfirsiche 1,20—2 M., Trauben 3 M., Fallobst 0,60—1 M. das Pfd.
dt. Mannheimer Schlachthofmarkt. Am Montag waren aufgetrieben: 148 Ochsen, 242 Ferkel, 930 Kühe und Kinder, 422 Kälber, 174 Schafe, 844 Schweine. Preis für 50 Kilo Lebendgewicht: Ochsen 1. Kl. 775—825 M., 2. Kl. 700—750 M., 3. Kl. 650—700 M., 4. Kl. 600—650 M.; Ferkel 1. Kl. 650—700 M., 2. Kl. 600—650 M., 3. Kl. 550—600 M.; Kühe und Kinder 1. Kl. 775—825 M., 2. Kl. 700—750 M., 3. Kl. 600—650 M., 5. Kl. 300 bis 450 M.; Kälber 800—1000 M.; Schafe 350—550 M.; Schweine 1250 bis 1500 M. Handel mit guten Ochsen, Rindern und Kühen lebhaft, mit geringen Röhren mittelmäßig, Markt geräumt; Rälbershandel lebhaft, ausverkauft, mit Schweinen mittelmäßig, nicht geräumt, mit Schafen lebhaft, ausverkauft. Nächste Woche Herbst Hauptpferdemarkt.

Vom Valutamarkt.

Berliner Devisennotierungen. Berlin, den 5. Septbr. Die heutigen Devisennotierungen stellen sich wie folgt:

Telegraph. Auszahlung.	3. 9. 21	5. 9. 21	Telegraph. Auszahlung.	3. 9. 21	5. 9. 21
Amsterdam	279,71	280,37	New-York	83,91	83,90
Brüssel	671,30	672,70	Paris	685,90	686,70
Köln	1164,80	1167,20	Schweden	1508,45	1511,15
Kopenhagen	1148,00	1153,10	Spanien	1143,85	1146,10
Stockholm	1909,00	1911,80	Österr. Kr.	10,38	10,40
Helsingfors	128,60	129,30	Prag	106,10	106,40
London	329,15	329,65	Budapest	22,17	22,23
			Poln. Noten	—	—

(Schlußnotierungen)

Paris, 5. Sept. Wechsel auf:

Dutchland	14 1/2	Holland	405 50
Bukarest	14 1/2	Italien	67 75
Prag	15 25	Schweden	215
		Spanien	167

London, 5. Sept. Wechsel auf:

Paris	117 37	Dutchland	326
Brüssel	372 02	Italien	81 25
Köln	2855	Bukarest	380 50
Schweden	84 12	Spanien	318 50

Kopenhagen, 5. Sept. Wechsel auf:

Paris	1445	Stockholm	125 25
Brüssel	4480	Kristiania	7550
New-York	97 00	Helsingfors	885
Hamburg	150 75		

Amsterdam, 5. Sept. Wechsel auf:

Paris	1172 75	Brüssel	2390
Brüssel	372 02	Madrid	4090
Köln	2855	Italien	1390
Stockholm	1909		
Helsingfors	128 60		
Schweden	84 12		

Wien, 5. Sept. Wechsel auf:

Amsterdam	4270	Lire-Noten	51 80
Paris	8855	Jugosl. Noten	24 48
Berlin	125 25	Italienische Noten	13 72
Kopenhagen	19 18		

Hamburger Metallpreise vom 5. September.

Silber ca. 900 fein	1870	1890	Weichblei, raffiniert	790
per 1. Monat	1865	1885	Banca Zink	53 75
per 3. Monat	1860	1880	Zinn Dtsch.-Minim. 99%	54
per 6. Monat	1855	1875	Kupfer raffiniert	—
Zinkhütten prompt	850	850	raffiniert	22 50
per 1. Monat	835	835	Wirebars	24 50
per 3. Monat	830	830	Quecksilber	96
per 6. Monat	825	825	Antimon	8 50
Zink umgeschmolz.	640	670	Nickel	—
Weichblei ab Lager	820	840	Aluminium	—
ab Hütte	820	840		

— **Frankfurter Aktienbörsen vom 5. September.** Abendnotizen: Belgien 688, Holland 2805, London 337, Paris 696 1/2, Schweiz 1542 1/2, Italien —, Newyork 90 1/2 Tendenz: Unentschieden.

Süßer neuer Edenkobener trifft Freitag ein 14142

Adolf Steiner
Weingrosshandlung
Karlsruhe 22. Telefon 1360.

Preiswertes Angebot für Turnsport.

Mädchenturnhosen von 26.— an
Turntrikot „ „ 18.— „
Turnhosen „ „ 22.— „
Turnergürtel „ „ 8,50 „
Pyramidenturnschuhe „ „ 11.— „
Gummilturnschuhe „ „ 32.— „

Sporthaus „Olympia“
Markgrafstr. 35 (gegenüber der Mähterschule).

Sackkleider
Wantheckkleider
Blusen u. Röcke werden unter Garantie tauschbar. Aus alten Sackstoffen fertige schöne Wantheckkleider an. Frau W. L. Krenz, Karlsruher 17. Ecke Markgrafstr. 35/36

Samssons
Handelsgeschäft
Kauf u. Verkauf getr. Kleider Schuhe Bänke Möbel aller Art Federbetten Teppiche Nähmaschinen Nähgebisse alle Gold- u. Silberwaren. Garantiert reelle Bedienung. 346014

Eine gebrauchte National-Registrierkassette für 8 Rollen
2 Nat.-Reg.-Kassen für 8 Rollen
1 Züricher Reg.-Kasse für mehrere abtr. Schreibkassen
1 feiner. Kassenstrahl billig abgegeben. 3385a

Werkle's Registrierkassenhaus
Heidelberg, Goethestraße 1.

Gummireifen
prima Qualität für Kinderwagen
Kleinkinderwagen
Kaufkraften nach bestem Verlehen.
Ersatzräder sowie alle Ersatzteile.
Rafte u. reelle Bedienung.
H. Brändli, Karlsruhe, Kreuzstraße 7, Hof. (Ecke Kollertstraße).
Gummi-Verwaltung.
Verfälschte für Kinderwagen.

Umformen
und Färben von Herren- u. Damenhüten, fop. Pelzhaute
G. Kumpf,
Dongasstr. 8, pt. Ecke Akademiestraße
Karlsruhe. 18997

Zur Wanzenvertilgung
rate ich **Söllern's** vorzüglichste Wanzenmittel anzuwenden. 9156
Beratungen werden bei sachgemäßer Behandlung prompt und billig angefertigt.
Vers.-Institut geg. Ungeziefer

S. Söllern, Herrenstraße 5.
Telefon 3196. Annahmestelle: Ruitstr. 10.

Benbrauchte Säcke
S. Leiner
Säckenfr. 59. Telefon 3628
Reelle Großhandlung am Plage.
kauft jedes Quantum. 14044

Druckarbeiten
jeder Art werden preiswert angefertigt in der
Druckerei d. „Bad. Presse“

Zahle die höchst. Preise
für getrag. Kleider, Schuhe, Stoffe, Metall, Silber u. Spiegelestram.
J. Zimmermann,
Säbrienerstr. 28, I. Stock.
Verkauf genügt. 13801

Wir übernehmen die Verantwortung von patentierten Erfindungen und guten D.R.G.M.
Ankauf nicht ausgeschlossener. Wir sind auf organisiert. Originale und Zeichnungen sind einzuordnen. Rückporto ist beizufügen. 346005

Remiu-Pressen-Ges. m. b. H.
Kirchheim u. Tef (W. Rittenberg).

2575 Mk. neues, mod. Schiffsimmer nebst Küche im Möbelaustrausverkauf
Kaiserstr. 69, Eingang Waldhornstraße (Baden Krümer). 346004

Eleganter Smoking m. Hefe u. Herren-Mantel zu verkaufen.
Adr. an erf. u. u. Nr. 345090 in d. „B. Presse“

Platin
Alt-Gold u. Silber
kauft ständig und zahlt den höchst. Tagespreis

Rudolf Barth
Uhrmachermeister
Kaiserstr. 53, Parap. 1538
gegenüber d. Eingang der Techn. Hochschule.

Ihr Paßbild
in wenigen Minuten
nur im
6001
Photogr.-Atelier,
Kreuzstraße 33.

